

INNENPOLITIK

*(9)

Schwierigkeiten bei der "Ausrichtung" der KP Chinas

Im Mittelpunkt der innenpolitischen Berichterstattung der Parteipresse im Januar 1984 standen Beiträge über die sog. "Ausrichtung der Partei". Erst dahinter rangierten Artikel über den Kampf gegen die "geistige Verschmutzung", der - wie die Parteizentrale mehrfach deutlich erklärt hat - ausschließlich auf ideologischem und theoretischem Gebiet ausgefochten werden soll.

Offensichtlich trifft die Parteiführung auf erhebliche Schwierigkeiten bei der angestrebten Säuberung der Partei: Aus vielen Provinzen und auch aus der Armee wurden eine Reihe von "Problemen" in dieser Hinsicht gemeldet, und der Leitartikel der "Volkszeitung" zum Neuen Jahr sprach von "sehr schweren Aufgaben" im Zusammenhang mit der Parteiausrichtung (RMRB, 1.1.84).

Die "Ausrichtung" der KP Chinas war im September 1982 von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang auf dem XII. Parteitag angekündigt worden. Im Oktober 1983 faßte dann das XII. Zentralkomitee der KPCh auf seiner 2. Plenartagung einen parteioffiziellen Beschluß über die Parteisäuberung. Dem ZK-Beschluß zufolge verfolgt die Parteiführung mit der auf drei Jahre angelegten "Ausrichtung der Partei" folgende vier Ziele:

1. Ideologische Vereinheitlichung im Sinne des nach der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 eingeschlagenen politischen Kurses.

Dies soll hauptsächlich mit Hilfe der Ausgewählten Werke Deng Xiaopings geschehen, die als "scharfe ideologische Waffe zur Ausrichtung der Partei" angepriesen werden (RMRB, 1.7.83). Im Rahmen der ideologischen Vereinheitlichung soll sowohl mit "linken" (d.h. maoistischen) Tendenzen aufgeräumt werden als auch mit sog. "rechten Tendenzen einer bürgerlichen Liberalisierung".

2. Beseitigung dekadenter Verhaltensweisen und Bestrafung degenerierter Parteimitglieder.

Hierbei sollen nicht nur schwere Wirtschaftsvergehen und andere Straftaten innerparteilich verfolgt werden, sondern auch solche Parteimitglieder belangt werden, die ihre amtlichen Befugnisse für private Zwecke mißbrauchen. Darüber hinaus sollen bürokratisch, ineffizient und verantwortungslos arbeitende Funktionäre gemäßregelt werden.

3. Verbesserung der politischen Disziplin innerhalb der Partei, d.h. strikte Befolgung der Beschlüsse der Parteizentrale.

4. Säuberung der Partei von besäuberungsunwilligen politischen Abweichlern und Straftätern.

Hiervon sind im wesentlichen drei Gruppen von Parteimitgliedern betroffen:

- die kulturevolutionären Linken (offiziell werden diese noch einmal in "drei Arten von Leuten" unterteilt);

- andere hartnäckige Gegner des gegenwärtig gültigen politischen Kurses der Parteizentrale;

- Parteimitglieder, die schwere Straftaten oder schwere Wirtschaftsdelikte begangen haben. (RMRB, 13.10.83)

In ihrem sechsten Rundschreiben vom 1. Januar 1984 hat die "Kommission des ZK zur Leitung der Ausrichtung der Partei" die Parteiorganisationen aufgefordert, vor allem den Amtsmissbrauch für private Zwecke und bürokratische Handlungsweisen zu verfolgen. Zunächst sollten all jene Probleme gelöst werden, die der Bevölkerung am meisten Sorge bereiten und über die die meisten Klagen eingegangen seien, wie z.B. die Privilegiensucht unter den Parteikadern. Hierbei müßten insbesondere vier Regeln eingehalten werden:

1. Kein Führungskader darf sich bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen für seine Kinder und Verwandte einmischen.

2. Über die Verteilung von Wohnungen dürfen ausschließlich die hierfür zuständigen Komitees entscheiden, die aus ehrlichen und aufrechten Personen zusammengesetzt sein müssen. Führungskader dürfen sich auf keinen Fall in die Vergabe von Wohnungen einmischen.

3. Die finanziellen Vorschriften und Bestimmungen des Staates müssen strikt beachtet werden. Die Benutzung öffentlicher Gelder für private Essen und Geschenke und die Vergabe und Annahme von Bestechungsgeldern sind verboten.

4. Niemand darf gegen die staatlichen Gesetze verstoßen oder Straftätern stillschweigend Vorschub leisten oder sie begünstigen. Niemand darf versuchen, die Arbeit der Justiz zu beeinflussen oder zu behindern. Keiner darf sich für seine Kinder oder Verwandten einsetzen, die sich Straftaten schuldig gemacht haben. (RMRB, 3.1.84) -sch-

*(10)

Zwei Artikel gegen "bürgerlichen Humanismus" und für "sozialistischen Humanismus"

Das ZK-Organ "Volkszeitung" veröffentlichte vom 9. bis 11. Januar 1984 einen langen Aufsatz des bekannten Philosophen Ru Xin mit dem Titel "Den bürgerlichen Humanismus kritisieren und den sozialistischen Humanismus propagieren". Am 27. Januar folgte der Abdruck eines Mammutartikels des für Ideologie zuständigen ZK-Sekretärs Hu Qiaomu "Über Fragen des Humanismus und der Entfremdung", der - im Gegensatz zu dem Artikel von Ru Xin - auch vom ZK-Theorieorgan "Rote Fahne" (1984/Nr.2) veröffentlicht wurde und dort allein 27 Seiten einnahm. -sch-

*(11)

17.000 Freiwillige gehen ins Qaidam-Becken

I.J. 1983 kamen 17.000 Freiwillige aus allen Teilen des Landes in das Qaidam-Becken in der Provinz Qinghai im Nordwesten Chinas, um in dieser unterentwickelten Gegend zu helfen. Unter den Freiwilligen sind Kader, Techniker, Absolventen von Oberschulen und Arbeiter. Im Juli 1983 hatte Generalsekretär Hu Yaobang dazu aufgerufen, dieses Gebiet zu erschließen.

Der Qaidam, ein großes trockenes und kaltes Becken mit einer Ausdehnung von über 200.000 qkm, hat reiche Mineralvorkommen, darunter Öl, Sylvit (ein Salz, das Pottaschechloride enthält) und 20 Mio.t Asbest. Die meisten dieser Naturressourcen sind noch nicht ausgebeutet. Im 6. Fünfjahresplan sind in diesem Gebiet fünf größere Projekte vorgesehen. Darunter befindet sich eine Fabrik für Pottaschekunstdünger mit einer Jahreskapazität von 200.000 t, eine Bleizinkmine und die Erweiterung eines Ölfeldes.

Mehr als 7.000 Menschen sind beim Straßenbau und 3.000 beim Eisenbahnbau beschäftigt. 320 Arbeiter haben ihre Arbeit bei der Bleizinkmine aufgenommen.

Inzwischen sind sechs Industriestädte mit einer Gesamtbevölkerung von 200.000 Menschen im Qaidam-Becken gebaut worden. Vor drei Jahrzehnten waren die einzigen Einwohner im Qaidam einige Zehntausend nomadische Hirten aus Minderheitsnationalitäten. (XNA, 23.12.83 und 23.1.84) -lou-

*(12)

Romtreyer Bischof zu zehn Jahren Haft verurteilt

Wegen verbotener Kontakte zum

Vatikan und wegen Unterstützung der romtreuen katholischen Untergrundkirche ist der Bischof der nordchinesischen Diözese Baoding, Joseph Fan Xueyan, Ende 1983 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Dies bestätigte am 10. Januar 1984 das Büro für religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat. Ebenfalls zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde der Generalvikar der Diözese Baoding, He Binzhang. Beiden Verurteilten wurde vorgeworfen, sie hätten "mit antichinesischen Kräften im Ausland kollaboriert, um die öffentliche Sicherheit des Vaterlandes zu gefährden" (nach: IHT, 12.1.84). Der 76jährige Bischof Joseph Fan Xueyan wurde für schuldig befunden, illegal Priester der romtreuen Untergrundkirche geweiht, geheime Kontakte zum Vatikan unterhalten und finanzielle Unterstützung von Rom angenommen zu haben (ebenda; FAZ, 12.1.84).

Bischof Joseph Fan, der zu den wenigen ursprünglich noch vom Papst eingesetzten Bischöfen Chinas zählt, war zum ersten Mal 1958 verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, mit dem Vatikan zu brechen und die alleinige Autorität der kommunistisch fremdbestimmten "Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholiken" anzuerkennen. Nach einem mehr als zwanzigjährigen Aufenthalt in einem Arbeitslager war Bischof Fan erst i.J. 1979 wieder freigelassen und in sein altes Amt eingesetzt worden. Im Frühjahr 1982 waren der Bischof und sein Vikar unter Hausarrest gestellt und wenig später erneut verhaftet worden (IHT, 12.1.84; AFP, 2.1.84, nach: MD, 3.1.84).

Bereits im November 1981 waren in Shanghai mindestens 17 katholische Priester und Laien verhaftet worden. Vier von ihnen - Jesuitenpater im Alter von 65 bis 80 Jahren - wurden im März 1983 zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und fünfzehn Jahren verurteilt (siehe C.a., April 1983, Ü 16).

Das Oberhaupt der Anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, hatte sich bei seinem China-Aufenthalt im Dezember 1983 auch für die romtreuen Katholiken verwandt. Er hatte darauf von chinesischer Seite, darunter vom Staatspräsidenten Li Xiannian, jedoch nur die allgemeine Versicherung erhalten, daß die chinesischen Kommunisten die Religionsfreiheit garantieren würden, solange sich die Gläubigen an die Gesetze hielten. Die chinesische Führung, so erläuterte Li Xiannian, werde an ihrer Politik der Religionsfreiheit festhalten (IHT, 12.1.84; FAZ, 20.12.83).

Auf die Besonderheiten der KPCh-Politik der Religionsfreiheit hatte der frühere langjährige Chef der ZK-Einheitsfrontabteilung und heutige stellvertretende Vorsitzende der ZK-Beraterkommission, Li Weihai, bereits im Jahre 1980 unmißverständlich hingewiesen: "Wirkliche Religionsfreiheit kann nur unter der Diktatur des Volkes erreicht werden... Sie bedeutet den Schutz der Freiheit, Atheist zu sein, und Zurückdrängung statt Förderung des religiösen Glaubens." Daraus folgt: "Wenn in unserem Land die Politik der Religionsfreiheit richtig und überlegt ausgeführt wird, dann fördert das nicht den religiösen Glauben, sondern schwächt ihn" (in: Minzu Yanjiu, 1980, Nr.2, S.11, zitiert nach: CNA, Nr.1222 vom 18.12.81, S.1 und 8). -sch-

* (13)

Weitere Hinrichtungen

Allein in Beijing sind im Januar 1984 über sechzig Straftäter hingerichtet worden - zumeist wegen Mord, Raub oder Vergewaltigung (AFP, 20.1.84; FAZ, 21.1.84; Le Monde, 11. und 28.1.84). Meldungen über Hinrichtungen liegen auch aus anderen Städten vor. In Shanghai wurde ein Mann erschossen, der für schuldig befunden wurde, mindestens zehn junge Frauen für die Herstellung pornographischer Fotos verführt zu haben (FAZ, 30.1.84). In Shenyang wurde ein 27jähriger Arbeiter mit dem Tode bestraft, weil er 1,6 kg Gold und 43 kg Silber gestohlen hatte (XNA, 11.1.84). Seit Beginn der Massenhinrichtungen Ende August 1983 sind wahrscheinlich mehrere Tausend Menschen durch Genickschuß exekutiert worden. Die chinesischen Sicherheitsbehörden legitimieren ihr hartes Vorgehen mittlerweile mit einem angeblich drastischen Rückgang der Straftaten im Zuge der Hinrichtungswelle. So soll die Zahl der Straftaten von September bis November 1983 um 42,5% niedriger gelegen haben als die im Vergleichszeitraum des Vorjahres (XNA, 9.1.84). -sch-

* (14)

Über die Arbeit der Notariate

Mehr als 1,2 Mio. Verträge und Dokumente sind im Jahre 1983 von den Notariaten der Volksrepublik China beurkundet worden - 62% mehr als 1982. Wirtschaftsverträge machten allein 750.000 Dokumente aus, d.h. 62,5%. Im Bereich des Außenhandels wurden rund 100.000 Dokumente notariell beurkundet. Gegenwärtig arbeiten in der Volksrepublik China 6.600 Notare in 2.267 Kanzleien. Sie sind ausnahmslos staatliche Angestellte, und die Notariatsgebühren kommen der Staatskasse zugute. (XNA

1.2.84) -sch-

KULTUR

*(15)

Fünfte Tagung des Wissenschaftsrates der Chinesischen Akademie der Wissenschaften

Vom 5. bis 12. Januar 1984 tagte in Beijing zum fünften Mal der Wissenschaftsrat der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Die vierte Sitzung hatte im Mai 1981 stattgefunden. Mitglieder dieses höchsten Gremiums der Akademie sind hervorragende Wissenschaftler und Träger der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnungen des Landes. An der Tagung nahmen über dreihundert Wissenschaftler aus allen Landesteilen teil. Es ging hauptsächlich um den nationalen Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technik sowie um das langfristige Forschungsprogramm der Akademie. Gleich am ersten Tag hielt Fang Yi, Mitglied des Politbüros und Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, eine programmatische Rede, die sich in sechs Punkte gliederte:

1. Wissenschaft und Technik sollen noch besser dem wirtschaftlichen Aufbau dienen.
2. Bei den Forschungsprojekten sollen die angewandten Wissenschaften gestärkt werden, wobei der Mikroelektronik, Informatik, Biotechnik und der Erforschung neuer Materialien besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.
3. In Wahrnehmung ihrer Sonderrolle auf diesem Gebiet soll die Akademie auch weiter Grundlagenforschung betreiben.
4. Wissenschaft und Technik sollen aktiven Anteil an der staatlichen Planungspolitik haben, und zwar nicht nur auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, sondern auch in bezug auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.
5. Die Verbreitung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Forschung soll mit allen Mitteln gefördert werden, insbesondere zum Nutzen der Wirtschaft.
6. Durch Reformen der Organisation und der Verwaltung in Wissenschaft und Technik soll die Mobilität der Wissenschaftler und Techniker sowie die Effektivität der verteilten finanziellen Mittel erhöht werden, auch dies zum Nutzen der Wirtschaft (RMRB, 6.1.84).

Was unter mehr Mobilität der Wissenschaftler und Techniker zu verstehen ist, erläuterte der Präsident der Akademie, Prof. Lu Jiayi, in seinem Rechenschaftsbericht vor der Konferenz. Einerseits sollen die Einrichtungen der Akademie verstärkt dem Forschungs-